

Um die erste Frage: „Wie kann das Erfurter Programm verteidigt und die Partei auf einen klaren friedenspolitischen Kurs gebracht werden“? zu beantworten, ist es erst einmal wichtig, festzustellen, wie denn die Mehrheitsverhältnisse bei uns sind.

31% unserer Wähler und Wählerinnen befürworten nicht näher definierte Waffenlieferungen. In der Partei selbst dürfte der Prozentsatz geringer sein. Ich würde bei den Mitgliedern der Partei, die für eine militärische Unterstützung der Ukraine eintreten, differenzieren. Es gibt viele, vor allem jüngere Genossinnen und Genossen die – zurecht - empört über den Einmarsch Russlands in der Ukraine sind, die aber noch nie etwas vom Tonkin Zwischenfall, dem Hufeisenplan oder den Brutkastenbabys gehört haben, und die der Politik des Westens, wie den Regeln der Machtpolitik generell, naiv gegenüberstehen. Ihnen kommt die Betonung der Vorgeschichte des Krieges wie eine Entschuldigung vor. Das kann ich zum Teil nachvollziehen, das ist aber eher ein Problem der Bildungsarbeit. Und es gibt auch die, die wirklich glauben durch Waffenlieferungen Friedensverhandlungen erreichen zu können. Es gibt aber dann auch diejenigen, die in Landesregierungen in Berlin, Bremen und Thüringen sitzen, oder die zur großen Gruppe der in irgendeiner Form von der Partei lebenden jüngeren Genossinnen und Genossen gehören (übrigens ein großer Teil der Parteitagsdelegierten) für die ein klares Dagegenhalten immer enormen Druck aus dem Politikbetrieb und die Beschimpfung als Putin-Versteher, die Gefährdung von Koalitionen oder letztlich auch der eigenen Karriere bedeuten würde. Auch im Politikbetrieb gilt: Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

Aber es ist deutlich, dass sie in der Minderheit sind. Eine Veränderung der Politik des Parteivorstandes in der Friedensfrage, ist meiner Ansicht nach durch zwei Sachen möglich: 1. die Erhöhung des innerparteilichen und gesellschaftlichen Drucks und 2. durch die Realität. Nach meiner Auffassung ist die geradezu hektische Betriebsamkeit des Parteivorstands in friedenspolitischen Fragen ab Januar auch durch unsere Videokonferenz am 18.12. und den Appell Linke gegen Krieg und Kriegsbeteiligung erzeugt worden. Aber man merkt vielen Aktivitäten, vor allem der wirklichen jämmerlichen Kundgebung vor der Volksbühne mit 100 Teilnehmenden, an, dass sie nicht wirklich aus eigener Initiative entstanden sind. Allerdings gehe ich davon aus, dass immer neue Enthüllungen, wie das Interview mit Naftali Bennett oder die Recherchen zur Zerstörung der North Stream II Pipeline und auch der weitere Verlauf des Krieges zu Erkenntnisprozessen innerhalb von Teilen der Parteiführung führen wird.

Ob es wirklich zu einem Zurück zum Erfurter Programm kommen wird, ist unklar, aber klar ist: Ohne ein erkennbar starkes friedenspolitisches Profil wird DIE LINKE nicht gebraucht. Ein Aufruf wie der von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht – heute Morgen 10.000 Unterschriften pro Stunde - ist genau das Richtige um DIE LINKE friedenspolitisch auf Trab zu bringen. Deshalb hier mein Appell: Kommt am 25.2. nach Berlin zur Großkundgebung, organisiert Mitfahrgelegenheiten vor Ort und macht diese publik.

Zur zweiten Frage: Wie sollen die Kräfte, die mit dem existenzgefährdenden Kurs des Parteivorstands nicht einverstanden sind, weiter zusammenarbeiten?

Um diese Frage beantworten zu können, ist es m.E. erforderlich a. nüchtern die momentane Lage der Partei zu betrachten und b. die Optionen zu erörtern, die diejenigen haben, die in Opposition zum Kurs des Parteivorstandes stehen.

Zur Lage der Partei: Sie geht langsam vor die Hunde. In Hessen stehen wir bei 1,5% zu den Landtagswahlen. In vielen Landesverbänden implodiert die Partei geradezu. So haben allein

in Brandenburg in den letzten vier Wochen zwei Kreisvorsitzende (bei 18 Kreisverbänden) ihr Amt niedergelegt. Zahlreiche Beispiele, z.B. aus NRW, sind ja bereits auf der letzten Video-Konferenz genannt worden. Die Partei versagt in zentralen Politikfeldern, sie verabschiedet sich aus großen Teilen der Welt der Arbeit. Es gibt diametral entgegengesetzte Positionen, z.B. bei den Waffenlieferungen, bei den Schwerpunktsetzungen der politischen Arbeit (Stichwort Identitäts und Klassenpolitik), die schwerlich durch Kompromisse gelöst werden können. Durch die Partei zieht sich ein politischer und kultureller Graben, und so werden auch die Auseinandersetzungen geführt, als Grabenkämpfe.

Viele Mitglieder haben bereits eine Option gewählt, mit dieser Situation umzugehen, sie sind – allerdings vereinzelt – ausgetreten. Das ist die erste und die schlechteste Option, weil viele dann für linke politische Arbeit auf Dauer verloren sind.

Die zweite Option ist, um die Partei und ihre Ausrichtung zu kämpfen. Das machen viele der hier Anwesenden, in einigen Bundesländern erzielen sie auch erste Erfolge. Und es gibt Bundesländer, z.B. in Hessen, wo der Landesvorstand tatsächlich versucht, integrativ zu wirken. Ich würde mir wünschen, dass es klappt, DIE LINKE auf einen realitätstauglichen Weg zurück zu bringen. Aber ich werde zunehmend skeptischer, weil eine Veränderung schnell gehen muss, weil diese zermürende Auseinandersetzung auf Dauer nur hartgesottene Charaktere aushalten. Und es gibt eine große Apparatgruppe, bei der Partei, in der Stiftung und in Abgeordnetenbüros – die andere politische Auffassungen als die meisten von uns haben, weil sie anders politisch sozialisiert und geprägt wurden, aus anderen Milieus stammen. Die Veränderung kann also nur von der Basis kommen. Es gibt die Forderung nach einem Sonderparteitag, da müsste dann aber auch klar sein, dass auch neue Delegierte gewählt werden. Das ist satzungsmäßig eine Kann-Bestimmung. In der Verantwortung für eine andere Politik der Partei sehe ich übrigens nicht nur uns, sondern auch den Parteivorstand selbst, der ja bei einigermaßen realistischer Betrachtungsweise feststellen müsste, dass unter seiner Führung das Schiff Richtung Eisberg fährt. Seit Monaten fordern wir ein ergebnisoffenes Gespräch der Parteivorsitzenden mit ihren Kritikern. Keine Reaktion.

Was machen wir aber, wenn wir in eine Situation kommen, wo wir meinen, es hat keinen Sinn mehr mit dieser Partei. Das ist übrigens keine theoretische Frage. Wenn eine solche Situation eintreten würde, dann wäre das den meisten von uns auch klar. Was wäre denn dann?

In letzter Zeit höre ich öfter mal die Meinung, dass dann eine marxistische, kommunistische Partei eine Alternative wäre. Nun würde ich mich ja freuen, wenn es in der Bundesrepublik möglich wäre, eine kommunistische Partei inspiriert von Enrico Berlinguer oder Eric Hobsbawm zu schaffen, ich befürchte nur, dass die gesellschaftliche Grundlage hierfür fehlt.

Damit kommen wir zum Elefant im Raum, der Option einer neuen Wagenknecht-Partei. Für die anwesenden Journalisten und ihre Zuträger: Es gibt einen Unterschied zwischen Konjunktiv und Indikativ, ich bitte das zu beachten.

Im Jahre 2004 war ich an der Gründung einer neuen Partei, der WASG, beteiligt. Das war ein schwieriger Prozess, der immer kurz vor dem Scheitern stand. Die WASG war keine originär sozialistische Partei, sondern sie wurde zurecht als antineoliberale Sozialstaatspartei bezeichnet. Aber es war klar, dass sie zum linken politischen Spektrum gehörte, und die meisten Vorstandsmitglieder hatten ihren Marx gelesen, wussten also, was Kapitalismus ist.

Nun gibt es Diskussionen über eine neue Partei, die nur mit der Genossin Wagenknecht Erfolg hätte. Letzteres stimmt meiner Meinung nach. Diese müsse breiter aufgestellt sein, um die Unzufriedenheit vieler aufzufangen und das politische System zum Rotieren zu bringen. Das könnte tatsächlich eine ungeheure Chance sein, birgt aber auch die Gefahr des Scheiterns, und damit eines linken gesellschaftlichen Scherbenhaufens. Titel wie Gerechtigkeit und Frieden erscheinen im Netz. Also auch wie damals keine originär sozialistische Partei, was ja nicht falsch sein muss.

Nun gibt es allerdings auch Auffassungen, nicht von Sahra Wagenknecht, aber einigen Anhängern, die Begriffe links und rechts seien überholt, darauf dürfe man sich nicht einlassen. Dieser Auffassung bin ich überhaupt nicht, wer meint, dass diese Begriffe überholt seien, verabschiedet sich nicht nur aus der Tradition der Arbeiterbewegung, sondern auch aus der Tradition der Aufklärung, damals nannte man das Fortschritt und Reaktion. Diese Partei, wenn man das Gedankenspiel weiter treibt, hätte nur eine Chance, wenn sie klar zum linken gesellschaftlichen Spektrum gehörte, sonst müsste sie auch auf viele wichtige Akteure verzichten.

Sahra Wagenknecht betont in ihren Reden oft die Situation des Mittelstands. Das ist wichtig, weil gerade in Ostdeutschland viele Arbeitsplätze daran hängen. Aber wir brauchen verstärkt Solidaritätserklärungen mit den Streikenden bei der Post und in anderen Bereichen. Ich will damit sagen, dass Klassenkampf für eine neue Formation eine wichtige Rolle spielen müsste.

Eine solche Formation wäre ein gutes Gegengewicht gegen den woken Irrsinn, sie dürfte aber natürlich nicht antifeministisch sein. Sie könnte die Einbeziehung der Beschäftigten in eine sozial-ökologische Modernisierung vorantreiben, müsste aber im Kampf gegen den Klimawandel vorangehen.

Wenn die Partei nicht mehr zu retten wäre, und nur dann! – man muss immer das Beispiel der italienischen Linken vor Augen haben, um zu wissen, dass man mit so etwas nicht spielt – könnte ich mir vorstellen, bei einer neuen Formation, wenn sie gebildet würde, mitzumachen, mit den inhaltlichen Anforderungen, die ich eben skizziert habe.

Aber jetzt aktuell besteht die Aufgabe darin, dass sich die PV-kritischen Kräfte noch stärker koordinieren und in allen Bundesländern organisieren. Wir müssen sozusagen auf alles vorbereitet sein, um handeln zu können. Daher darf die Diskussion nicht abreißen und ganz wichtig ist der Kongress im Mai, auf dem wir in Ruhe miteinander diskutieren können. Und noch einmal, ganz wichtig ist auch die Kundgebung am 25. Februar in Berlin.